

Deutsche Uhrmacher-Zeitung



Bezugspreis

für Deutschland von der Geschäftsstelle bezogen monatlich 500 Mark. Bei direkter Bestellung bei der Post monatlich 2000 Mark. Unter Streifenband für Inlandspost monatlich 650 Mark. Für das Ausland unter Streifenband Jahresbezugspreis nach Anfrage

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint regelmäßig an jedem Sonnabend.

Fernsprecher: Amt Zentrum 12761 und 62.

Preise der Anzeigen

Multiplikator 700 auf nachstehende Preise: Raum von 1 mm Höhe und 47 mm Breite für Geschäfts- und vermischte Anzeigen 0,16 Mark, für Stellen-Angebote und Gesuche 0,10 Mark. Die ganze Seite wird mit 150,- Mark berechnet

Postscheck-Konto: 2581 Berlin

Telegramm-Adresse: Uhrzeit Berlin

Uhren, Edelmetall- und Schmuckwaren-Markt

XLVII. Jahrgang

Berlin, 27. Januar 1923

Nummer 4

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten; Nachdruck verboten

Wirtschafts- und Lebensfragen

Die Gewaltmaßnahmen der französischen und belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet nehmen immer schärfere Formen an. Zahlreiche Übergriffe, wie die Verhaftung von führenden Wirtschaftlern und höheren Beamten und ihre Aburteilung durch ein Kriegsgericht nur aus dem Grunde, weil sie den Befehlen ihrer Regierung gehorchen, sind an der Tagesordnung. Infolge des einmütigen Widerstandes der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, insbesondere in den von der Besetzung betroffenen Gebietsteilen, der in seiner Geschlossenheit an die Augusttage des Jahres 1914 erinnert, ist ein Zustand geschaffen worden, der einem regulären Kriegszustand zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits verzeifelt ähnlich sieht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der um das Ruhrgebiet entbrannte Kampf ein Kampf auf Leben und Tod ist. Es geht um den Bestand und die Einheit des Deutschen Reiches, um das Weiterbestehen seiner politischen und wirtschaftlichen Kraft! Immer klarer wird es, daß die Franzosen nicht Reparationen an der Ruhr suchen, sondern die Annektierung der Rheinlande und des Ruhrgebietes anstreben. Gustave Hervé spricht in seiner „Victoire“ sogar schon davon, daß Danzig und Ostpreußen Polen einverleibt werden sollen! Andere phantasieren von der Wegnahme weiterer deutscher Grenzgebiete durch angrenzende Staaten. Nach dem kürzlich erfolgten Einfall litauischer Truppen in das Memelland und den zahllosen polnischen Übergriffen kann nicht mehr daran gezweifelt werden, daß die Gewalttaten unserer östlichen Nachbarn umso mehr in die Erscheinung treten werden, je machtloser Deutschland ist. Das bedeutet aber auch eine große wirtschaftliche Gefahr. Politische und wirtschaftliche Stärke sind heutzutage nahezu gleichbedeutend. Trotz Völkerbund und Abrüstungsbestrebungen feiert die Machtpolitik größere Triumphe denn je, und es haben sich noch zu allen Zeiten Esel gefunden, die einem sterbenden Löwen Fußtritte versetzten. Daß das ganze deutsche Wirtschaftsleben, zumal in denjenigen seiner Zweige, die für die Lebenshaltung nicht unbedingt notwendig sind — zu diesen gehören Edelmetall- und Schmuckwaren und der größte Teil

der Uhren! — aufs schwerste leiden müßte, wenn Haß und Neid ihre Knute über Deutschland schwingen würden, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die Erkenntnis, daß es bei dem erwähnten Kampfe tatsächlich auf Leben und Tod geht, haben auch diejenigen Verbände sofort erkannt, die sich mit außenpolitischen Fragen, auch wenn sie von erheblicher Bedeutung für das eigene Land sind, sonst nicht befassen. Die Spitzenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums, darunter auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, haben kürzlich beim Reichskanzler Cuno vorgesprochen und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers namens ihrer Verbände die Versicherung abgegeben, daß sie bei der Abwehr der dem Deutschen Reiche drohenden Vergewaltigung den Reichskanzler und die deutsche Reichsregierung einmütig und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften unterstützen werden. Die Abwehr verlange die Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes. Von der Zuversicht getragen, daß sich in diesem Willen alle Volksschichten unterschiedlos zusammenfinden, würden die Wirtschaftsverbände alle Opfer aufbringen, welche die Not des Vaterlandes erheischt. Reichskanzler Cuno dankte für diese einmütige Erklärung und bezeichnete die sofortige Zusammenfassung aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren zur praktischen Arbeit als die zunächst dringendste Aufgabe der Reichsregierung.

Der angedeutete „Kriegszustand“ hat sich schon u. a. in der Weise ausgewirkt, daß die Berliner Hotelbesitzer beschlossen haben, Franzosen und Belgiern keine Unterkunft zu gewähren, sowie aus Frankreich und Belgien stammende Weine, Liköre u. ä. m. nicht mehr zu verabfolgen. Sie haben ihre Lieferanten aufgefordert, ihnen aus Frankreich und Belgien stammende Genußmittel der erwähnten Art bis auf weiteres nicht anzubieten. Auch kann man in Berliner Läden Tafeln mit dem Hinweis ausgestellt sehen, daß an Franzosen und Belgier keine Waren verkauft werden.

Der Verein Hamburger Exporteure hat in einer zahlreich besuchten Versammlung am 18. Januar im Hinblick auf den schmachvollen Rechtsbruch der Franzosen und Belgier durch